

Ahnefeld, Adolf; Gebert, Dietmar; Roth, Jürgen; Scheide, Joachim; Walter, Norbert

**Article — Digitized Version**

## Mässige Konjunkturerholung und hohe Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern

Die Weltwirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Ahnefeld, Adolf; Gebert, Dietmar; Roth, Jürgen; Scheide, Joachim; Walter, Norbert (1977) : Mässige Konjunkturerholung und hohe Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 1-18

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3076>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Mäßige Konjunkturerholung und hohe Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern

Von Adolf Ahnefeld, Dietmar Gebert, Jürgen Roth, Joachim Scheide und Norbert Walter

1. Die Produktion der westlichen Industrieländer hat im ersten Halbjahr 1977 insgesamt verhalten zugenommen. Lediglich in den Vereinigten Staaten ist das reale Sozialprodukt verstärkt gestiegen. In Japan und Westeuropa war die Entwicklung dagegen schwächer und recht erratisch; nur in der Bundesrepublik Deutschland wurde die Produktion insgesamt relativ kräftig ausgeweitet. In Italien und Frankreich dürfte sich die Expansion zuletzt sogar merklich abgeschwächt haben.

2. Die konjunkturelle Phasenverschiebung zwischen währungsschwachen und währungsstarken Ländern hat den Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte begünstigt. Der Rückgang der Leistungsbilanzdefizite mehrerer europäischer Länder trug dazu bei, daß es zwischen den Industrieländern zu keinen größeren Wechselkursänderungen kam. Da die Disparitäten in der Preis- und Kostenentwicklung aber weiterhin beträchtlich waren, dürfte sich ein Wechselkursänderungsbedarf aufgestaut haben. Die umfangreichen Interventionen am Devisenmarkt und verschiedene Eingriffe in den freien Warenverkehr bestätigen diese Vermutung.

3. Der Preisauftrieb hat sich weltweit bis Mitte 1977 kaum abgeschwächt, bisweilen unter dem Einfluß einer angebotsbedingten Verknappung von Nahrungsmitteln sogar verstärkt. Der Anstieg der Nominallohne hat sich im allgemeinen weiter verlangsamt. Deutlich geringer waren die Lohnerhöhungen in einigen währungsschwachen Ländern vor allem als Folge einkommenspolitischer Bemühungen. Verschiedentlich war diese Abschwächung im Vergleich zur Preisentwicklung so ausgeprägt, daß die Reallöhne nur noch wenig stiegen oder sogar zurückgingen. Da die Korrektur der Reallöhne nicht allmählich, sondern vielfach abrupt vor sich ging, hat sich die Expansion des privaten Verbrauchs deutlich abgeschwächt, die Investitionsneigung der Unternehmen jedoch kaum verbessert.

4. Während für die Vereinigten Staaten, Japan und die Bundesrepublik Deutschland für den weiteren Verlauf des Jahres 1977 und für 1978 eine Fortsetzung des Konjunkturaufschwungs erwartet wird, droht die Arbeitslosigkeit in vielen westeuropäischen Ländern vorerst weiter zu steigen. Allerdings ist die dort betriebene Restriktionspolitik, im Vorjahr zur Abwehr weiterer Abwertungen eingeleitet, zuletzt vielfach gelockert worden. Dies läßt zusammen mit den expansiven Impulsen vor allem aus den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland erwarten, daß die konjunkturelle Flaute in Ländern wie Frankreich und Italien möglicherweise schon im späteren Verlauf von 1977, sicherlich aber in 1978 überwunden wird. Ein dauerhafter Konjunkturaufschwung, bei dem die Inflation nicht von neuem entfacht wird, läßt sich nur dann erreichen, wenn möglichst viele Länder die Strategie einer stetigen und stabilitätsorientierten Geldmengenspolitik einschlagen und sich die sozialen Gruppen mit ihrem Lohn- und Preisverhalten am Ziel ausrichten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Dazu können auch Maßnahmen beitragen, die die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt erhöhen.

## *Insgesamt verhaltener Produktionsanstieg*

5. Seit etwa einem Jahr hat sich dasmäßige Tempo der konjunkturellen Aufwärtsbewegung in den westlichen Industrieländern insgesamt kaum geändert: Im ersten Quartal 1977 nahm

die Industrieproduktion mit einer Jahresrate von nur etwa 5 vH zu (Schaubild 1), und die bisher vom zweiten Quartal verfügbaren Produktionsdaten lassen alles in allem keine Beschleunigung erkennen. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte im ersten Quartal um etwa 5 vH (Jahresrate) gestiegen sein; da die Rate im Quartal zuvor bei etwa 3 vH gelegen hatte, veränderte sich die Kapazitätsauslastung im gesamten Winterhalbjahr 1976/77 kaum; die Beschäftigungslage blieb dementsprechend unbefriedigend.

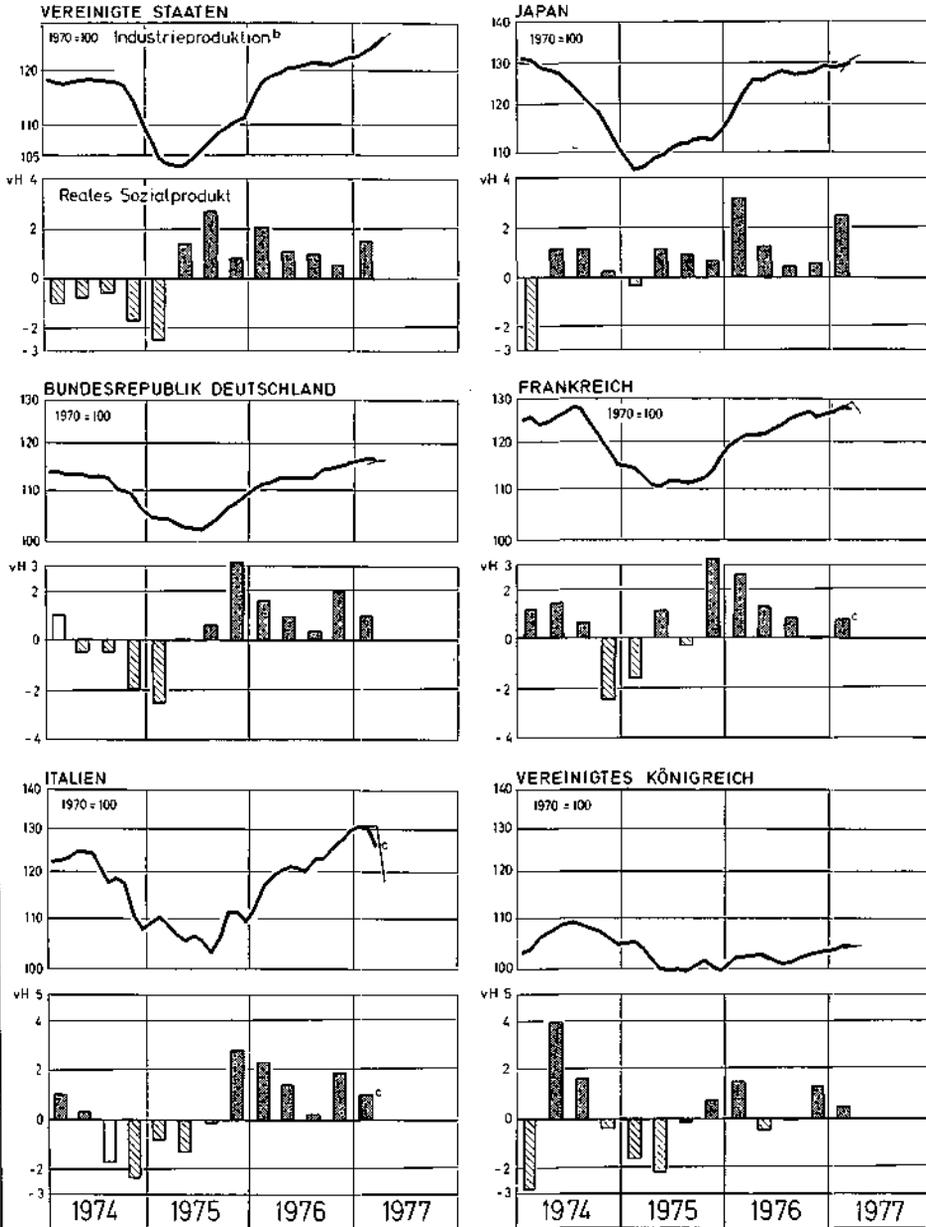
6. Auffällig ist nicht nur, daß sich die Unterschiede in der Dynamik des Expansionsprozesses von Land zu Land wieder verstärkt haben, sondern auch, daß die Entwicklung in den meisten Ländern in letzter Zeit recht erratisch verlaufen ist. Eine Ausnahme bilden nur die Vereinigten Staaten, in denen ein stetiger Aufschwung auf breiter Front in Gang gekommen ist: In den ersten fünf Monaten 1977 kam es hier zu einer Produktionszunahme von annähernd 9 vH (auf Jahresbasis) und damit auch zu einer deutlichen Erhöhung der Kapazitätsauslastung und des Beschäftigungsniveaus. Die Zurückhaltung von Unternehmen und Haushalten scheint damit in diesem Land eindeutig überwunden zu sein; Investitionstätigkeit und privater Verbrauch haben – gestützt durch einen vergleichsweise stetigen wirtschaftspolitischen Kurs – kräftig zugenommen. In Japan hingegen war der Produktionsanstieg in diesem Zeitraum wesentlich schwächer und wies zudem – wie auch schon in der zweiten Jahreshälfte 1976 – merkliche Schwankungen auf; ähnlich langsam und unstetig expandierte die Produktion in den meisten europäischen Ländern.

7. Die geringe Dynamik und relativ große Unstetigkeit des Erholungsprozesses in Japan und mehreren Ländern Westeuropas ist das Spiegelbild des immer noch weit verbreiteten Mangels an Zuversicht: Offenbar haben die bisherigen Absatzsteigerungen und Kostenentlastungen nicht ausgereicht, um die Erwartungen der Produzenten wesentlich zu verbessern; ihre Nachfrage nach Investitionsgütern und Arbeitskräften ist recht verhalten. Auch dürften die privaten Haushalte angesichts der sich eher wieder verschlechternden Arbeitsmarktlage ihre Sparneigung aus Vorsichtsgründen erhöht haben, mit der Folge, daß die Lagerbestände stärker als geplant stiegen. Darauf dürften die Unternehmen verschiedentlich mit einer Abschwächung des Produktionstempos reagiert haben. Die Unstetigkeit der Nachfrage- und Produktionsentwicklung wurde von wirtschaftspolitischer Seite durch die Abwicklung temporärer Fiskalprogramme und die ständige Diskussion über weitere Maßnahmen noch verstärkt.

8. Bei der Nachfrage nach Investitionsgütern war die Entwicklung von Land zu Land besonders stark differenziert. Einerseits hat sich in den Vereinigten Staaten die Nachfrage sowohl nach Ausrüstungsinvestitionen als auch nach Bauleistungen – hier insbesondere nach privaten Wohnbauten – anhaltend kräftig ausgedehnt. Andererseits gibt es Länder wie Japan und die Bundesrepublik Deutschland, in denen die Investitionsnachfrage seit geraumer Zeit stark schwankt, ohne eine verstärkte Aufwärtsentwicklung erkennen zu lassen. In Ländern schließlich, in denen die interne Gesamtnachfrage durch fiskal- und geldpolitische Maßnahmen gebremst wurde, haben die Investitionen nahezu stagniert (Großbritannien) oder dürften in den letzten Monaten, nach relativ günstiger Entwicklung bis zum Jahresende 1976, sogar wieder zurückgegangen sein (Italien, Frankreich). Im Bausektor dürfte zwar in den meisten Ländern der Nachfragetiefpunkt überwunden sein, doch hier gehen die beträchtlichen Nachfrageschwankungen noch deutlicher als bei den Ausrüstungsinvestitionen auf verschieden terminierte Förderungsmaßnahmen zurück. Dort, wo z.B. die Bauindustrie in bestimmten Zeiträumen massiv unterstützt wurde – so in Japan und in den Niederlanden –, stieg die Baunachfrage vorübergehend deutlich an, während sie in Ländern, die keine größeren Hilfsprogramme eingeleitet hatten, weiterhin rückläufig blieb (Großbritannien, Schweiz).

Schaubild 1

# INDUSTRIEPRODUKTION UND SOZIALPRODUKT IN WICHTIGEN LÄNDERN<sup>a</sup>



— Index der Industrieproduktion  
 ▒ Reales Sozialprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorquartal)

<sup>a</sup> Saisoneingetragene. — <sup>b</sup> Gleitende Dreimonatsdurchschnitte; für die letzten Monate wurde auch der ungeglättete Wert eingezeichnet. — <sup>c</sup> Geschätzt.

9. Die private Verbrauchsnachfrage hat sich in mehreren Defizitländern merklich abgeschwächt: In Großbritannien, Frankreich und Italien zeigen die Einzelhandelsumsätze verschiedentlich sogar einen fühlbaren Nachfragerückgang an, etwa nach dauerhaften Konsumgütern. Die Lagerbestände beim Handel und bei den Produzenten haben deshalb wohl stärker als geplant zugenommen. Ausschlaggebend für die Verschlechterung des Konsumklimas war in diesen Ländern, daß sich der Anstieg der realen verfügbaren Einkommen aufgrund fiskal- oder einkommenspolitischer Maßnahmen stark abgeschwächt hat; in Großbritannien, wo derzeit besonders strikte einkommenspolitische Regelungen gelten, sinkt das Realeinkommen sogar seit einigen Monaten.

Relativ geringe Zuwächse des Realeinkommens haben die Expansion der Konsumfrage auch in Japan gedämpft. Dagegen nahm der Konsum in der Bundesrepublik Deutschland im Verlauf dieses Jahres, wenn auch unter Schwankungen, merklich zu. Die Vereinigten Staaten sind bisher das einzige Land, in dem sich die Verbrauchsnachfrage stetig und kräftig ausdehnt.

#### *Problemländer mit vermindertem Handelsbilanzdefizit*

10. Die Expansion des Welthandels hat sich seit Anfang 1977 verlangsamt fortgesetzt. Dabei lassen sich in den währungsschwachen Ländern Tendenzen zu einem Abbau außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte erkennen. Dazu dürfte beigetragen haben, daß sich die internationale Wettbewerbslage dieser Länder durch die beträchtlichen Währungsabwertungen des Jahres 1976 verbesserte und daß nach der Jahresmitte 1976 ein nachfragebremsender wirtschaftspolitischer Kurs eingeschlagen wurde. So ging in Italien, Großbritannien, Frankreich und Dänemark der Defizitabbau vor allem auf eine Abschwächung des Importanstiegs zurück (Schaubild 2).

In den Vereinigten Staaten hat sich das Handelsbilanzdefizit weiter vergrößert. Die besonders starke Importausweitung in den ersten Monaten dieses Jahres kam größtenteils durch die ungewöhnlich hohe Einfuhr von Rohöl zustande. Aber auch die Importnachfrage nach Fertigwaren ist zügig gestiegen. Von den konjunkturanregenden Wirkungen, die hiervon ausgingen, profitierte – abgesehen von Kanada – wohl vornehmlich Japan aufgrund seiner ausgeprägten Exportorientierung und seiner bis zum Frühjahr 1977 relativ günstigen Wettbewerbsposition.

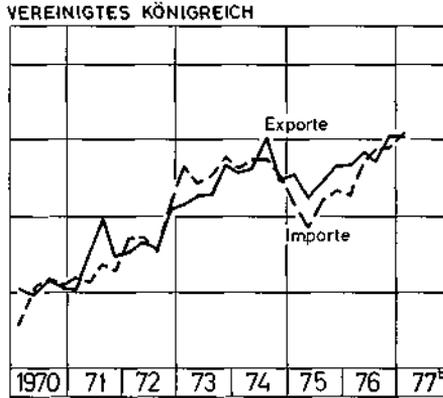
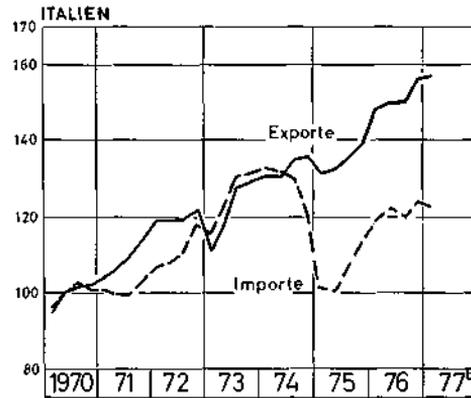
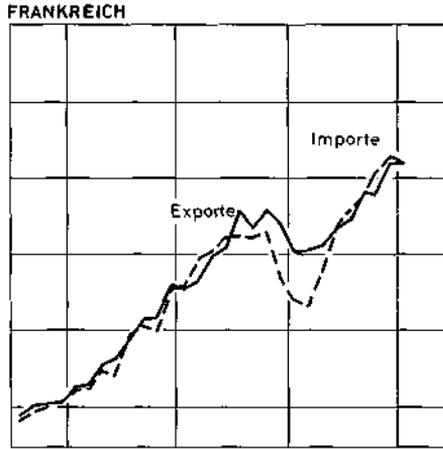
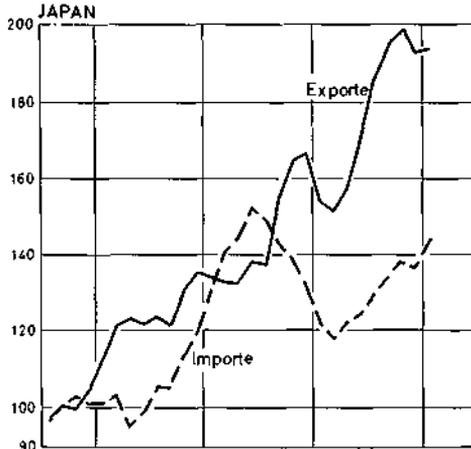
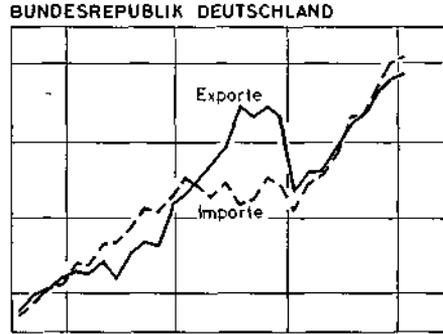
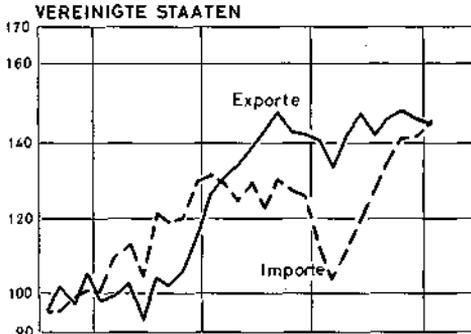
Die Terms of Trade der Industrieländer haben sich seit Ende 1976 infolge des Preisanstiegs auf den Weltrohstoffmärkten insgesamt leicht verschlechtert. Ausgeprägt war die Tendenz zu einer Verschlechterung nur in den Vereinigten Staaten; hier zogen die Importpreise aufgrund des vergleichsweise kräftigen Aufschwungs und der großen Abhängigkeit von Importöl relativ stark an. In Großbritannien führte die verstärkte inländische Förderung von Öl und die Aufwertung des Pfundes zu einer leichten Verbesserung der Terms of Trade. In den übrigen Defizitländern blieben die Terms of Trade nahezu unverändert.

11. Infolge des relativ schwächer steigenden Importvolumens, aber auch wegen der nur recht geringen Terms-of-Trade-Änderungen, ist es den westeuropäischen Defizitländern gelungen, die Fehlbeträge in ihren Leistungsbilanzen vor allem in den letzten Monaten erheblich zu reduzieren. Insbesondere Großbritannien und Frankreich haben ihren Leistungsbilanzsaldo merklich verbessern können, wobei die Entlastung der britischen Leistungsbilanz hauptsächlich eine Folge der seit einigen Monaten angelaufenen Nordseeölförderung ist. Trotz der etwas günstigeren Entwicklung sind viele der währungsschwachen Länder zur Zeit allerdings noch beträchtlich von einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht entfernt, so etwa Italien und Dänemark; ein Zeichen hierfür sind deren nach wie vor massive

Schaubild 2

## EXPORT - UND IMPORTVOLUMEN WICHTIGER LÄNDER <sup>a</sup>

1970 = 100



<sup>a</sup> Saisonbereinigt. - <sup>b</sup> Werte für das 1. Quartal 1977 teilweise geschätzt.

Devisenmarktinterventionen. In den währungsschwachen Ländern, aber auch in den Vereinigten Staaten, wo von Monat zu Monat höhere Defizite auftraten, haben sich die Tendenzen zu Handelsrestriktionen – etwa zur Drosselung von Autoeinfuhren – wieder verstärkt.

#### *Zumeist Verschlechterung am Arbeitsmarkt*

12. Bis zum Frühjahr 1977 hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt nicht verbessert. Im einzelnen war die Entwicklung recht unterschiedlich: In den Vereinigten Staaten ging die Erwerbslosenquote deutlich zurück; sie sank vom Oktober 1976 bis zum Mai dieses Jahres um einen Prozentpunkt auf 6,9 vH (Tabelle 1). Gleichzeitig wurde im Verlauf des jetzt wieder kräftigeren Aufschwungs die Beschäftigung erheblich – mit einer Jahresrate von über 5 vH – ausgeweitet. Zu einer geringfügigen Abnahme der Arbeitslosigkeit kam es in wenigen europäischen Ländern (Schweiz, Österreich). In den meisten übrigen Industriestaaten ist hingegen eine Stagnation oder sogar – wie in Kanada, Frankreich und zuletzt auch in Belgien und den Niederlanden – ein Anstieg der Arbeitslosigkeit zu beobachten. Diese insgesamt unbefriedigende Entwicklung ist wohl auch Ausdruck für die Unsicherheit der Unternehmen hinsichtlich ihrer Ertragsersparungen; anscheinend befürchten sie, daß die Zurückhaltung bei den Lohnforderungen, insbesondere wenn sie aufgrund einkommenspolitischer Maßnahmen erreicht wurde, nicht anhält.

Tabelle 1 – Die Arbeitslosenquoten in ausgewählten OECD-Ländern<sup>1</sup> 1974–1977

	1974	1975	1976	1976				1977 <sup>2</sup>					
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai
Vereinigte Staaten . . . . .	5,6	8,5	7,7	7,6	7,5	7,8	7,9	7,4	7,3	7,5	7,3	7,0	6,9
Kanada . . . . .	5,4	6,9	7,2	6,8	7,2	7,3	7,5	7,8	7,5	7,9	8,1	8,3	7,9
Japan . . . . .	1,4	1,9	2,0	2,1	2,0	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9	2,0	—	—
BR Deutschland . . . . .	2,0	3,9	3,8	3,9	3,8	3,8	3,7	3,5	3,6	3,5	3,5	3,5	3,5
Frankreich . . . . .	3,0	4,5	5,3	5,1	5,4	5,5	5,3	5,4	5,3	5,4	5,5	5,5	5,6
Großbritannien . . . . .	3,0	4,5	6,2	5,9	6,0	6,3	6,4	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4	6,4
Italien <sup>3</sup> . . . . .	3,2	3,6	4,1	3,9	3,9	4,2	4,4	—	—	—	—	—	—
Schweden <sup>3</sup> . . . . .	2,0	1,6	1,6	1,8	1,5	1,5	1,6	1,9	2,3	1,8	1,6	1,8	1,3

<sup>1</sup> Die hier aufgeführten Arbeitslosenquoten wurden in Anlehnung an Aufsätze in „Monthly Labor Review“ (Januar 1974 und Juni 1975 – US Department of Labor, Washington, D.C.) auf das amerikanische Konzept umbasiert. Lediglich für Kanada, Japan und Schweden, deren Erfassungsmethoden mit denen der Vereinigten Staaten nahezu identisch sind, sind nationale Zahlen angegeben. – <sup>2</sup> Vorläufige Angaben. – <sup>3</sup> Nicht saisonbereinigt.

Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Paris, Juni 1977. – Eigene Berechnungen.

#### *Weiterhin große Inflationsdivergenzen*

13. Der weltweite Preisauftrieb hat sich bis Mitte 1977 kaum abgeschwächt: Bereits seit Ende 1975 steigen die Verbraucherpreise mit einer Jahresrate von 7 bis 9 vH. Überaus stark sind nach wie vor auch die Inflationsdivergenzen zwischen den Industrieländern. Während der laufende Preisanstieg (saisonbereinigt) seit Jahresbeginn mit rd. 2 vH in der Schweiz und 4 bis 5 vH in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich vergleichsweise gering ausfiel, belief er sich in Großbritannien und Italien auf über 20 vH.

Die Inflationsdivergenzen spiegeln grundsätzlich die unterschiedliche Intensität wider, mit der bis weit in 1976 hinein in den einzelnen Ländern versucht wurde, die Unterbeschäftigung durch nachfragestimulierende Maßnahmen abzubauen. Eine stark expandierende Geldmenge zog dabei vor allem in Großbritannien und Italien kräftig steigende Zahlungsbilanzdefizite und wenig später drastische Abwertungen nach sich, die rasch wieder den Preisauftrieb beschleunigten.

14. In nahezu allen Ländern war die Preisentwicklung durch große Schwankungen gekennzeichnet. Dies ist nicht zuletzt Folge der in den letzten Jahren verbreiteten Neigung, im Hinblick auf die Preisniveaustabilisierung Einzelpreise zu kontrollieren. Damit wurden aber Verzerrungen in der Preisstruktur bewirkt, die dann über kurz oder lang wieder korrigiert werden mußten. So hat man 1977 in vielen Ländern die öffentlichen Tarife drastisch angehoben, als die Sanierung der öffentlichen Haushalte zu einem wichtigen finanzpolitischen Ziel erklärt wurde. Auch preispolitische Eingriffe im privaten Bereich gestalteten die Preisentwicklung nur erratischer, anstatt die inflationären Tendenzen insgesamt zu dämpfen. Dies war besonders ausgeprägt in Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Japan.

Daß sich in den ersten Monaten dieses Jahres in den Vereinigten Staaten der Preisauftrieb verstärkte, geht vor allem auf Witterungseinflüsse zurück. Angebotsverknappungen bei Nahrungsmitteln waren ebenso in anderen Ländern zu beobachten, mit der Folge, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise auch von daher zeitweilig verstärkte. Angesichts der starken Schwankungen in der Preisentwicklung konnte sich bislang in den meisten Ländern kaum die Erwartung durchsetzen, daß sich der Preisanstieg in Zukunft anhaltend beruhigen wird, auch wenn dafür seit Herbst 1976 die monetären Rahmenbedingungen verbessert wurden (Schaubild 3).

#### *Einkommenspolitische Lohnbremsen*

15. Der Anstieg der Nominallöhne hat sich 1977 in einer Reihe von Ländern deutlich abgeflacht. Dies ist vor allem in Großbritannien, den Niederlanden und Dänemark der Fall, Ländern also, in denen sich die Regierungen – parallel zur verringerten monetären Expansion – zu durchgreifenden einkommenspolitischen Maßnahmen veranlaßt sahen. Ob dies allerdings die erhofften positiven Beschäftigungswirkungen nach sich ziehen wird, hängt davon ab, wie stark die Löhne bei wieder freieren Lohnverhandlungen steigen werden. Wenn in Großbritannien inzwischen für die Zeit nach dem „social contract“ ein starker Lohnschub nicht ausgeschlossen wird, so ist dafür der unerwartet starke Reallohnverlust verantwortlich, der sich als Folge der Inflationsbeschleunigung ergab. Die Voraussetzungen für eine freiwillige Lohnbegrenzung für die nächste Zeit wären sicherlich besser, wenn sich die Leitlinie nicht auf die Nominal-, sondern auf die Reallöhne bezogen hätte.

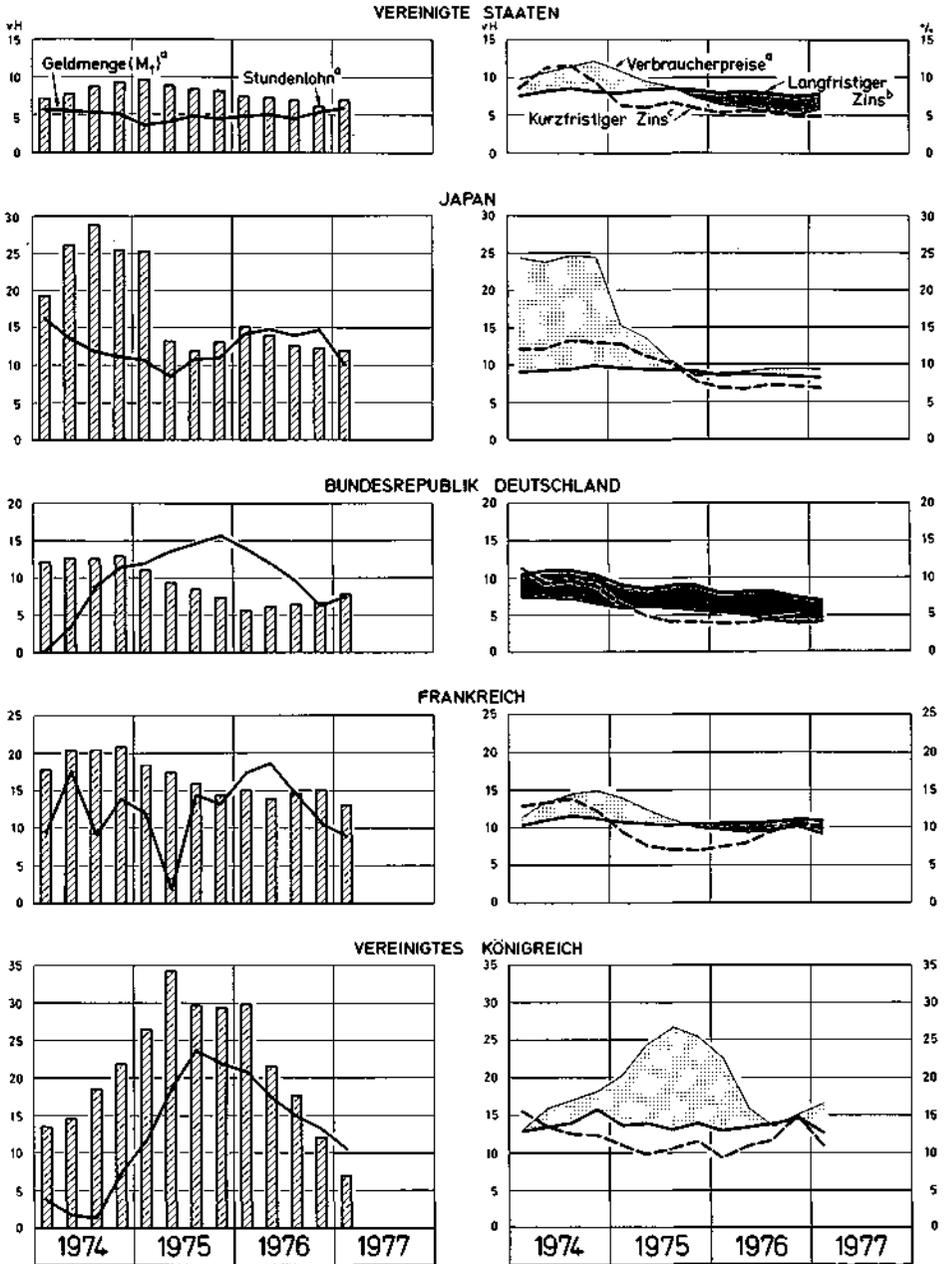
16. Den vergleichsweise stärksten Lohnanstieg verzeichnete bis Mitte 1977 Italien. Hier konnten die Gewerkschaften bislang nicht zu einer allgemeinen Zurückhaltung bei ihren Reallohnforderungen bewegt werden, obwohl der Verteilungsspielraum durch die starke Abwertung der Lira im Vorjahr spürbar verringert wurde. In den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik Deutschland war der Nominallohnanstieg mit jeweils 7 vH ein wenig stärker als im Vorjahr, während er in Japan weiter auf etwa 10 vH zurückging.

#### *Verlangsamte monetäre Expansion*

17. Nach einer lebhaften monetären Expansion bis Mitte 1976 ist der geldpolitische Rahmen in vielen Ländern deutlich enger gezogen worden. Dies reflektiert das Bestreben der wirtschaftspolitischen Instanzen, den Preisauftrieb weiter zu dämpfen und damit die Basis

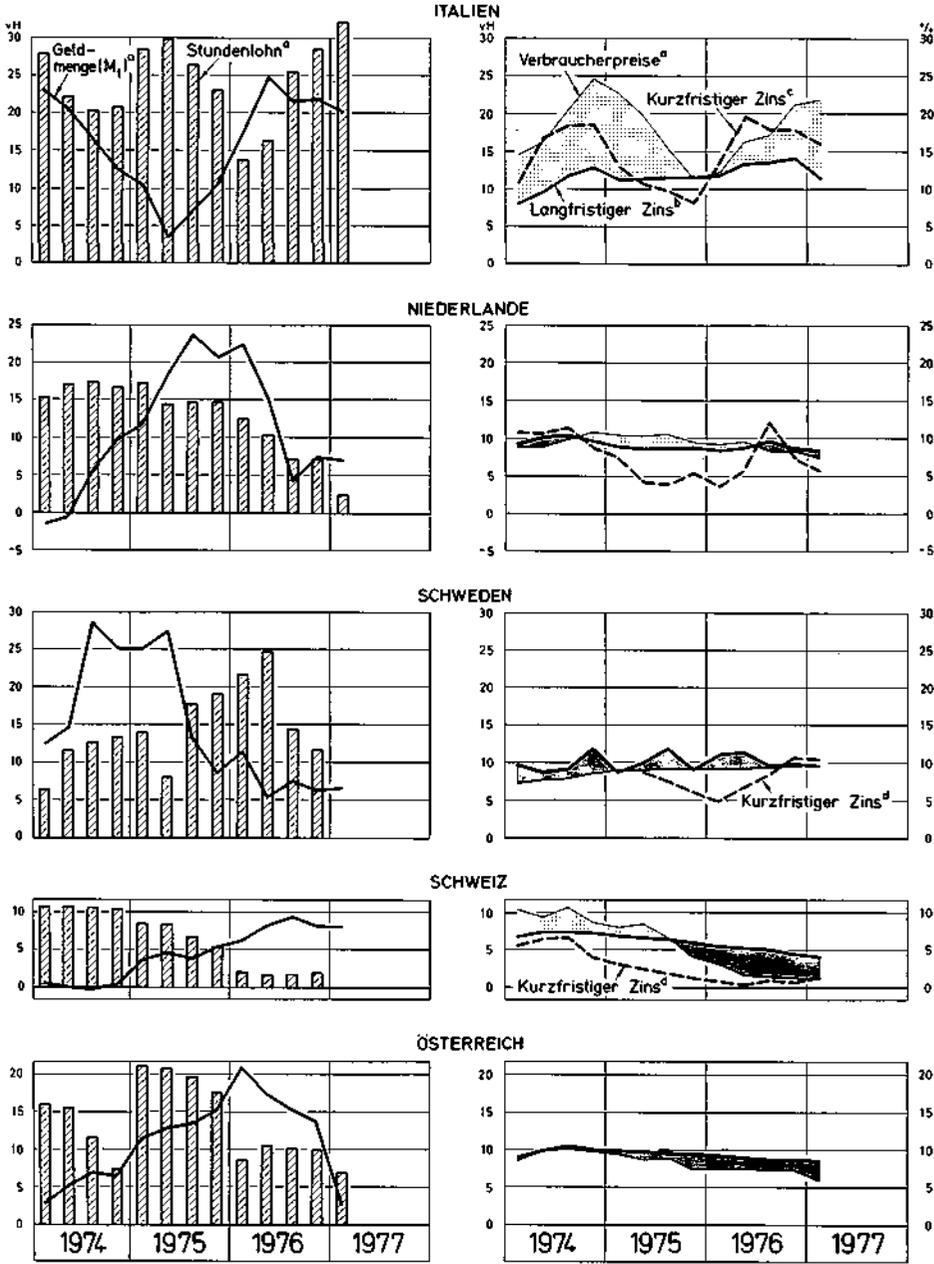
Schaubild 3

## GELDMENGE UND LÖHNE, PREISE UND ZINSEN IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN



<sup>a</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - <sup>b</sup>Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere - <sup>c</sup>Dreimonatssatz

## GELDMENGE UND LÖHNE, PREISE UND ZINSEN IN AUSGEWÄHLTEN LÄNDERN



<sup>a</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - <sup>b</sup>Umlaufstrecke festverzinslicher Wertpapiere - <sup>c</sup>Dreimonatsgeldsatz - <sup>d</sup>Tagesgeldsatz

I.F.W. Kiel

für einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit und des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts zu legen. Ebenso wie zuvor in expansiver Richtung gingen die monetären Instanzen allerdings auch in dieser Phase keineswegs so vor, wie es einer auf Stetigkeit und Allmählichkeit ausgerichteten Politik entsprochen hätte. Besonders deutlich verlangsamte sich die monetäre Expansion in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und in Dänemark; in den ersten Monaten des Jahres – unter dem Einfluß der IWF-Auflagen – aber auch in Großbritannien. Zuletzt kam diese Entwicklung aufgrund liquiditätsschöpfender Maßnahmen der Notenbanken allerdings zum Stillstand. Dagegen weitete sich das Geldvolumen in den Vereinigten Staaten seit Ende 1976 insgesamt verstärkt aus, und zwar um mehr, als es die geldpolitischen Leitlinien vorsahen.

18. Die verringerte monetäre Expansion ging in allen Ländern, die 1976 aus wechsellkurspolitischen Gründen die geldpolitischen Zügel angezogen hatten, mit einer zumeist deutlichen Senkung der kurzfristigen Zinsen einher. Ausschlaggebend dafür war eine abgeflachte Kreditnachfrage, bedingt vor allem durch eine geringere Beanspruchung der Kreditmärkte durch öffentliche Stellen. Diesen Markttendenzen paßten sich die Notenbanken durch Senkungen ihrer Leitzinssätze an, ohne damit expansive Impulse zu geben. Dagegen war in den Vereinigten Staaten aufgrund einer regeren Kreditnachfrage, zeitweise aber auch wegen angebotsverknappender Maßnahmen der Notenbank, ein erster Zinsanstieg zu beobachten.

Im Vergleich zu den kurzfristigen Zinsen ging der Kapitalmarktzins zumeist nur wenig zurück (Schaubild 3). Dies reflektiert die nach wie vor hohen Inflationserwartungen in vielen Ländern. Lediglich in der Bundesrepublik Deutschland tendierte der langfristige Zins bei relativ stabilen Geldmarktsätzen deutlich nach unten, nachdem er zuvor auf die Abschwächung des Preisauftriebs nur verhalten reagiert hatte.

#### *Finanzpolitik behindert stetige Wirtschaftsentwicklung*

19. Die Finanzpolitik trägt auch 1977 in den meisten Ländern kaum zur Verstetigung der wirtschaftlichen Entwicklung bei. Ebenso wie im Vorjahr ist es das Hauptanliegen der Regierungen, die Defizite in den öffentlichen Haushalten zu verringern. Während die Steuereinnahmen wieder verstärkt expandieren, steigen die realen Staatsausgaben seit dem Vorjahr durchweg mit einer Rate, die unter dem Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials liegt. Dies ist 1977 auch in Großbritannien und Italien der Fall; diesen Ländern waren vom IWF weitere Devisenkredite nur unter der Auflage zugesagt worden, daß sie die Ressourcenbeanspruchung durch den öffentlichen Sektor zurückdrängen. Es ist jedoch zu befürchten, daß in erster Linie die staatlichen Investitionen gedrosselt werden.

20. An der grundsätzlich auf Konsolidierung ausgerichteten Finanzpolitik ändern die verschiedenen Sonderprogramme nur wenig, die seit Herbst 1976 in einer Reihe von Ländern angesichts einer enttäuschenden wirtschaftlichen Entwicklung ergriffen wurden. Diese sind zumeist selektiv angelegt, wobei neben investitionsfördernden Maßnahmen häufig allerdings auch Arbeitsplatzsubventionen im Mittelpunkt stehen, die zwar kurzfristig den Arbeitsmarkt entlasten mögen, aber kaum das Wachstum stimulieren.

21. Von einer global expansiven Finanzpolitik kann 1977 lediglich in Japan gesprochen werden. Die realen Staatsausgaben sollen hier im Fiskaljahr 1977/78 (April bis März) um etwa 10 vH steigen. Allerdings dürfte die staatliche Aktivität im Jahresverlauf erheblich schwanken: So ist vorgesehen, den größten Teil der Staatsaufträge bereits bis zum Herbst dieses Jahres zu vergeben. Dagegen sind in den Vereinigten Staaten von der Finanzpolitik in

diesem Jahr kaum stärkere Impulse zu erwarten. Die neue Administration nahm von den ursprünglich geplanten Expansionsmaßnahmen im Frühjahr größtenteils wieder Abstand, als sich der Aufschwung als gefestigt erwies.

#### *Keine größeren Wechselkursschwankungen*

22. Die Wechselkursschwankungen hielten sich im bisherigen Verlauf des Jahres 1977 in relativ engen Grenzen, vergleicht man sie mit jenen des Jahres 1976. Eine stärkere Wechselkursänderung verzeichnete lediglich der japanische Yen, dessen Aufwertungstendenz sich verstärkt fortsetzte. Bemerkenswert für das Währungsgeschehen zumindest bis zum Frühjahr war darüber hinaus, daß sich die Richtung der Wechselkursänderungen bei einigen Währungen umkehrte: So neigte das britische Pfund seit Ende 1976 zur Aufwertung, während der Schweizer Franken nach einer lang anhaltenden Phase steigender Notierung unter Abwertungsdruck geriet. Nahezu geräuschlos, also ohne daß es zuvor zu größeren spekulativen Kapitalbewegungen gekommen war, wurden Anfang April 1977 erneut die Währungsparitäten innerhalb der europäischen Mini-Schlange korrigiert, wobei die skandinavischen Währungen gegenüber D-Mark, Gulden und belgischem Franc abgewertet wurden.

23. Ausschlaggebend für die vergleichsweise ruhige Wechselkursentwicklung war, daß sich der wirtschaftspolitische Kurs der einzelnen Industrieländer seit Herbst 1976 einander näherte. Allerdings wurde auf den Devisenmärkten auch weiterhin beträchtlich interveniert. Im Mittelpunkt von Stützungsmaßnahmen stand vor allem die italienische Lira. Dagegen sah die britische Notenbank in den erstmals wieder einsetzenden Kapitalzuflüssen eine günstige Gelegenheit, ihre Währungsreserven aufzufüllen. Zunächst dadurch, zuletzt aber mehr im Gefolge eines kräftigen Zinsabbaus wurde die Aufwertungstendenz des Pfundes gebremst, wodurch eine unmittelbare, wechselkursbedingte Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vermieden wurde. Allerdings verhinderte man auf diese Weise einen möglichen Stabilitätsimport. Dieser hätte zur Milderung des internen Preisauftriebs beigetragen und damit die Voraussetzungen für eine weitere Begrenzung des Lohnanstiegs verbessern können.

#### *1977 und 1978: Kräftiger Aufschwung in den Vereinigten Staaten, mäßige Expansion in Westeuropa*

24. Während sich der Aufschwung in den Vereinigten Staaten 1977 und 1978 wahrscheinlich zügig fortsetzen wird, erscheint ein nachhaltiger Produktionsanstieg in Westeuropa und Japan noch nicht als gesichert. Nachfrage und Produktion werden sich voraussichtlich in Westeuropa insgesamt zu un stetig und von Land zu Land zu unterschiedlich entwickeln, als daß einheitlich von einem Aufschwung gesprochen werden kann, der zu einem deutlichen Anstieg des Auslastungsgrades der Sachkapazitäten und zu einem merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit führen würde. Für Westeuropa wird die Zunahme des realen Sozialprodukts 1977 auf 3 vH und 1978 auf annähernd 3,5 vH geschätzt (Tabelle 2). In den Vereinigten Staaten dürfte das Sozialprodukt in beiden Jahren um jeweils 5 vH steigen, während in Japan 1978 mit etwa 6 vH eine etwas höhere Zuwachsrate zu verzeichnen sein dürfte als 1977 (5,5 vH). Mit der fortgesetzten konjunkturellen Aufwärtstendenz wird eine Expansion des Welthandelsvolumens in der Größenordnung von jeweils 8 vH einhergehen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich im Durchschnitt aller Länder 1977 auf etwa 8 vH belaufen; 1978 dürfte er sich auf schätzungsweise 7 vH vermindern, vor allem aufgrund einer Preisberuhigung in Großbritannien und Italien.

25. In den Vereinigten Staaten wird das Expansionstempo von Mitte 1977 an zwar etwas nachlassen, aber dennoch bis Ende 1978 die Wachstumsrate des Produktionspotentials übertreffen. Grundlage dieses stetigen Aufschwungs ist, daß die Geldmenge weitgehend in dem vom Federal Reserve Board abgesteckten Rahmen expandieren und daß sich der Preisauftrieb im weiteren Verlauf des Jahres wieder abschwächen wird. Gleichwohl dürften die Zinssätze vor allem aufgrund der starken realen Expansion weiterhin leicht steigen und dazu beitragen, daß die Nachfrage nach Wohnbauten von Mitte 1977 an nicht mehr so kräftig wie bisher zunimmt. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen dagegen werden wahrscheinlich bis weit in das Jahr 1978 hinein relativ zügig zunehmen, worauf nicht nur Umfragen über die Investitionsbereitschaft, sondern auch die kräftig steigenden Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien hinweisen (Schaubild 4). Die Konsumenten werden ihre Ausgaben angesichts der sich weiter bessernden Beschäftigungs- und Einkommenslage voraussichtlich stetig erhöhen, wobei die Expansion 1978 durch mehrere, bereits 1977 beschlossene fiskalpolitische Maßnahmen gestützt werden wird.

26. In Japan werden die finanzpolitischen Maßnahmen der letzten Zeit sowie die Senkung der Kreditzinsen vom Frühjahr 1977 die inländische Nachfrage anregen. Doch scheinen die expansiven Impulse insgesamt noch zu gering zu sein, um einen starken und sich selbst tragenden Aufschwung zu initiieren. Denn die noch immer recht hohe Unterauslastung der Kapazitäten, die die japanischen Produzenten zu ihrer Exportoffensive veranlaßte, sowie die betonte Abkehr vom Wachstum um jeden Preis stehen einer baldigen Belebung der Investitionsneigung auf breiter Front entgegen. Auch die nur langsame Abschwächung des Preisauftriebs, die keine größere Zunahme der Realeinkommen zuläßt, stützt die Erwartung, daß die reale Expansion in Japan schwächer ausfällt als in den vergangenen Aufschwungsperioden, in denen allerdings auch das Produktionspotential stärker wuchs.

27. In der Bundesrepublik Deutschland wird sich der Aufschwung in der zweiten Hälfte von 1977 wohl verstärkt fortsetzen. Ausschlaggebend dafür dürfte die beschleunigte Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen sein, während der private Verbrauch und die Exporte im großen und ganzen stetig expandieren werden. Diese Entwicklung ist zwar nur zum Teil in der Auftragseingangstatistik vorgezeichnet, aber das auf mittlere Frist angelegte Investitionsprogramm der Bundesregierung dürfte zusammen mit dem jüngsten Zinsrückgang und der zielgerechten Ausweitung der Geldmenge die Nachfrage erneut anregen. Wahrscheinlich verstärkt sich angesichts dieser Konstellation auch der Lageraufbau, was 1978 eine relativ zügige Ausweitung der Produktion nach sich ziehen wird.

28. In Frankreich werden sich Nachfrage und Produktion langsam von der konjunkturellen Abschwächung erholen. Eine solche konjunkturelle Belebung dürfte bereits angelegt sein. So sieht das monetäre Ziel für das zweite Halbjahr 1977 bereits eine leicht beschleunigte Ausweitung der Geldmenge vor, was angesichts des zu erwartenden Preis- und Lohnanstiegs zunächst expansiv wirken wird; auch werden das Beschäftigungs- und Sozialprogramm vom April 1977 und die Maßnahmen zur Förderung der privaten Unternehmensinvestitionen die Konjunktur stützen. Die Unternehmen haben zwar ihre Investitionspläne zwischen November 1976 und März 1977 nach oben korrigiert. Doch wird die politische Unsicherheit bis zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 1978 wahrscheinlich zunehmen; sie dürfte aber die konjunkturelle Erholung nicht entscheidend beeinträchtigen.

29. In Großbritannien zeichnet sich eine konjunkturelle Aufwärtsentwicklung vom Spätsommer 1977 an ab. Sie wird zunächst von den Exporten und später auch vom privaten Konsum getragen, wenn das Realeinkommen der privaten Haushalte aufgrund von

Steuersenkungen und stärkerem Lohnanstieg wieder zunimmt. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen werden jedoch erst 1978 verstärkt expandieren. Die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1977, mehr noch im Jahre 1978, wird allerdings davon abhängen, ob es gelingt, den Lohnauftrieb nach der einkommenspolitischen Phase II in Grenzen zu halten. Zwar wird sich der Lohnanstieg vermutlich beschleunigen, freilich kaum in einer solchen Weise, daß die Kostenbelastung wieder drastisch steigt und damit Investitionsneigung und Beschäftigungsaussichten erneut verschlechtert werden.

Tabelle 2 - Reales Sozialprodukt und Verbraucherpreise 1975-1978  
- Vorjahresvergleich in vH -

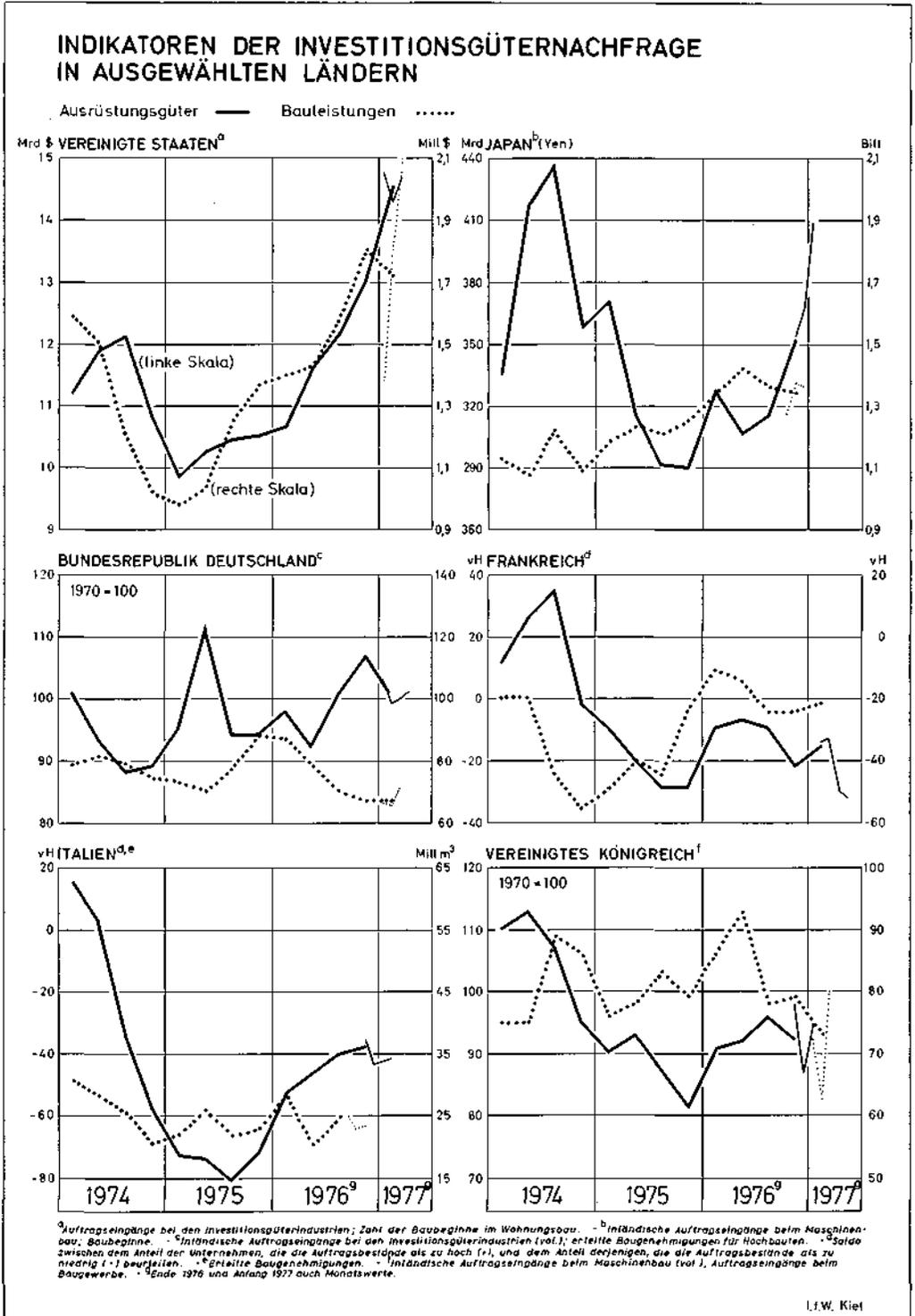
Land / Region	Reales Sozialprodukt				Verbraucherpreise			
	1975	1976 <sup>1</sup>	1977 <sup>2</sup>	1978 <sup>2</sup>	1975	1976 <sup>1</sup>	1977 <sup>2</sup>	1978 <sup>2</sup>
BR Deutschland . . . . .	- 2,5	5,7	4,5	4	6,0	4,6	4	4
Frankreich . . . . .	- 0,3	5,2	3	4	11,7	9,6	9	9
Großbritannien . . . . .	- 1,5	1,1	1,5	2,5	24,3	15,8	15	12
Italien . . . . .	- 3,7	5,6	3	2,5	17,0	16,8	19	15
Spanien . . . . .	0,8	2	2,5	4	16,9	17,7	16,5	13,5
Niederlande . . . . .	- 2,0	4	4	3,5	10,2	8,8	7	6,5
Schweden . . . . .	0,6	1,5	1	2	9,7	10,4	10	8,5
Belgien . . . . .	- 1,9	4	3,5	4	12,8	9,2	7,5	6,5
Schweiz . . . . .	- 7,0	0,5	2	2,5	6,7	1,8	1,5	2
Österreich . . . . .	- 2,0	5,2	4	4	8,4	7,3	5,5	5,5
Dänemark . . . . .	- 1,3	5	1,5	2,5	9,7	8,9	10	8,5
Norwegen . . . . .	3,5	5,7	6	6	11,7	9,1	8,5	8
Westeuropa . . . . .	- 1,9	4,2	3	3,5	12,8	10,3	10	8,5
Vereinigte Staaten . . . . .	- 1,8	6,1	5	5	9,2	5,8	6,5	6
Kanada . . . . .	0,6	4,6	4	4	10,8	7,5	7	6,5
Japan . . . . .	2,4	6,3	5,5	6	11,8	9,2	8	7,5
Insgesamt . . . . .	- 1,3	5,4	4,5	4,5	10,9	7,9	8	7

<sup>1</sup> Z. T. vorläufig. - <sup>2</sup> Geschätzt.

Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, Paris, Mai 1977. - Eigene Schätzungen.

30. In Italien wird die weitere wirtschaftliche Entwicklung wahrscheinlich fürs erste von einer sich abzeichnenden Stabilisierungskrise geprägt sein. Der tatsächliche, aber auch der erwartete Anstieg der Löhne und Preise dürfte angesichts der monetären Entwicklung zu stark sein, als daß eine konjunkturelle Abschwächung vermeidbar wäre; diese wird sich sowohl beim privaten Verbrauch als auch bei den Anlageinvestitionen zeigen. In einer solchen Situation wird ein Lagerabbau wahrscheinlich die Abschwächungstendenzen verstärken, nachdem der Lageraufbau noch 1976 zu dem kräftigen Produktionsanstieg beigetragen hatte. Gemildert werden könnte die Abschwächung durch eine forcierte Ausweitung der Exporte. Vor dem Hintergrund der bislang gezeigten Flexibilität der italienischen Wirtschaft ist es nicht unwahrscheinlich, daß die konjunkturelle Abschwächung zwar deutlich ausfällt, aber nur von kurzer Dauer ist. Jedoch stehen einer kräftigen inländischen

Schaubild 4



Nachfrageexpansion, wie sie 1976 zu beobachten war, die Auflagen in Verbindung mit den internationalen Krediten entgegen. Aber selbst dann, wenn mit einer recht zügigen Erholung von der Jahreswende 1977/78 an gerechnet wird, ergibt sich für 1978 ein Anstieg des realen Sozialprodukts, der etwas geringer ist als derjenige für 1977 (Tabelle 2). Dies erklärt sich daraus, daß der Überhang Ende 1977 bedeutend geringer sein wird, als er Ende 1976 war.

31. Der Abbau der Handelsbilanzdefizite wird in mehreren europäischen Ländern vom skizzierten Verlauf der internationalen Konjunktur begünstigt. So wird der Anstieg der Importe vor allem in Italien, Frankreich, Dänemark und Schweden aus konjunkturellen Gründen zunächst schwach sein, während die Exporte relativ zügig expandieren dürften angesichts der Aufwärtsentwicklung in den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland sowie in jenen Entwicklungsländern, die 1976 vom Anziehen der Konjunktur in den Industrieländern und 1977 von der Verschiebung der Terms of Trade profitierten. Doch die Besserung dürfte teilweise wieder verlorengehen, wenn sich die Konjunktur in den Defizitländern erholt. Dann wird die inzwischen aufgelaufene Preis- und Kostendisparität wieder stärker die außenwirtschaftliche Lage bestimmen. Der Druck auf ihre Währungen wird im späten Verlauf von 1977 wahrscheinlich zunehmen, zumal auch die Zinssätze in den Vereinigten Staaten leicht nach oben tendieren werden. Es ist abzusehen, daß dann die internationalen Vereinbarungen einschließlich derjenigen, keine protektionistischen Maßnahmen zu ergreifen, vor eine harte Bewährungsprobe gestellt werden. Aufgrund der eigenen Ölquellen in der Nordsee dürfte der Abwertungsdruck auf das britische Pfund aber nicht so stark ausfallen.

32. Die Arbeitslosigkeit wird selbst bei einem leichten Rückgang in einigen Ländern Ende 1978 überall noch unbefriedigend hoch sein. Gewiß reagiert die Arbeitslosigkeit auf die Veränderungen von Produktion und Güternachfrage grundsätzlich mit einer zeitlichen Verzögerung, so daß damit gerechnet werden kann, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften in einigen Ländern nach der deutlichen Ausweitung der Überstunden und dem weitgehenden Ausschöpfen von Produktivitätsreserven demnächst etwas stärker zunehmen wird, auch wenn die Güternachfrage nicht so rasch expandiert. Doch in den meisten Ländern dürfte die Rentabilität der Investitionen noch recht gering sein, so daß die Unternehmen weiterhin zögern werden, Arbeitskräfte zügiger einzustellen. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist allerdings in einigen Ländern - wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten, in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland - um so dringlicher, als von der Bevölkerungsentwicklung her für die nächsten Jahre ein verstärkter Zustrom von jungen Arbeitskräften zu erwarten ist. Erschwert wird die Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsprozeß oft dadurch, daß sie nicht die Qualifikation mitbringen, die die Unternehmen beim gegenwärtigen Stand der Technik nachfragen. Von den größeren Industrieländern werden wahrscheinlich nur die Vereinigten Staaten und, weniger deutlich, die Bundesrepublik Deutschland bis Ende 1978 einen Rückgang der Arbeitslosigkeit verzeichnen können. In anderen Ländern wird sich die Arbeitsmarktlage voraussichtlich nur geringfügig entspannen.

#### *Überwindung der Arbeitslosigkeit erfordert mittelfristige Strategie*

33. Die meisten der bisher ergriffenen Maßnahmen der Fiskal-, Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik haben die Beschäftigungslage vor allem deshalb noch nicht durchgreifend verbessert, weil sie in vielen Ländern nur kurzfristig angelegt waren. Darüber hinaus haben sie andere wirtschaftspolitische Ziele - insbesondere das Wachstumsziel - beeinträchtigt.

Daher ist eine auf mehrere Jahre angelegte Strategie notwendig, zumal neben zyklischen auch strukturelle Ursachen für die Arbeitslosigkeit verantwortlich sind.

34. Die fiskalpolitischen Maßnahmen sind in den meisten Ländern darauf ausgerichtet, über befristete Steuervergünstigungen oder Investitionsprämien die Nachfrage zu stützen und einen beschleunigten Abbau von bestehenden Kapazitäten zu verhindern. In diese Richtung zielen auch Sonderprogramme für Branchen, die durch den verstärkten weltweiten Strukturwandel oder nach dem inflationären Boom der frühen siebziger Jahre einer besonders harten Anpassung ausgesetzt sind und in denen das Arbeitsplatzrisiko besonders hoch ist; dazu zählt insbesondere die Bauwirtschaft. Der Gesamteffekt solcher befristeter Maßnahmen ist jedoch gering, weil sie zu kaum mehr als einer zeitlichen Verschiebung der Produktionstätigkeit führen. Die längerfristigen Absatz- bzw. Ertragsaussichten verbessern sich dadurch nicht, so daß sich die Unternehmen kaum veranlaßt sehen, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen; nach der jüngsten Erfahrung reagieren sie vielmehr auf den vorübergehenden Nachfragestoß oft nur mit einer höheren Auslastung der Beschäftigten.

35. Mit einer weiteren Gruppe von Maßnahmen wird häufig ein sozialpolitisches Ziel verfolgt. So soll der Beschäftigungsabbau verlangsamt oder sollen zumindest die Einkommensverluste für die Arbeitslosen gering gehalten werden. Sie umfassen einen größeren Schutz vor Kündigungen sowie höhere und auf einen längeren Zeitraum ausgedehnte Lohnfortzahlungen für den Fall der Entlassung. So positiv sie auch für den einzelnen Arbeitnehmer sein mögen – die Folge der vermeintlich sozialen Politik ist jedoch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit insgesamt. Denn die zusätzlichen Kosten der Beschäftigung bzw. der Entlassung mindern die Rentabilität der Unternehmen, so daß der Anreiz zu Neueinstellungen sinkt und die Beschäftigung weniger zunimmt, als es sonst der Fall wäre.

36. Zur Absicherung der inländischen Beschäftigung greifen viele Industrieländer darüber hinaus zu handelspolitischen Restriktionen. Dazu gehören auch – trotz der insgesamt deutlich verbesserten Arbeitsmarktlage – die Vereinigten Staaten. Das oft verwendete Argument, Importe gefährden Arbeitsplätze, ist jedoch kurzfristig, denn es vernachlässigt zum einen, daß sich die Protektion nur auf Kosten entsprechender Arbeitslosigkeit im Ausland aufrechterhalten läßt. Dies gilt auch für Exportsubventionen oder eine durch Interventionen herbeigeführte Unterbewertung der Währung. Zum anderen läßt es die – auch für das Inland – nachteiligen Effekte einer nicht marktgerechten internationalen Arbeitsteilung insbesondere für das Wirtschaftswachstum unberücksichtigt. Auf mittlere Sicht nachteilig wirken auch die Subventionen, die für die Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern gezahlt werden (so z.B. in Schweden). Sie verhindern die Anpassung an veränderte internationale Wettbewerbsverhältnisse – verringern somit das Wachstum – und erschweren Importe vor allem aus Entwicklungsländern. Darüber hinaus besteht bei allen protektionistischen Maßnahmen die Gefahr, daß sie im Ausland imitiert werden und daß somit in der nächsten Runde schließlich doch inländische Arbeitsplätze bedroht werden.

37. In einigen Ländern wird mit einkommenspolitischen Maßnahmen versucht, die Beschäftigungssituation zu verbessern. Auch wenn sie spürbare Rückgänge der Reallöhne (so aufgrund des „social contract“ in Großbritannien) oder – im Vergleich zur Produktivitätszunahme – nur einen mäßigen Reallohnanstieg (Dänemark, Niederlande) beinhalten, hat sich die Arbeitslosigkeit in den jeweiligen Ländern nicht verringert. Ursache hierfür dürfte sein, daß solche Maßnahmen oft nur mit größten Anstrengungen – wegen zunehmender Unruhe in der Arbeitnehmerschaft – durchgehalten werden können. Für die längerfristigen Ertrags Erwartungen der Unternehmen und somit deren Investitions- und Einstellungsbe-

reitschaft ist jedoch wichtig, welche Kostenbelastungen nach Ablauf solcher Verträge zu erwarten sind. Zu ihrem Attentismus hat wohl beigetragen, daß sie offenbar zunehmend von einer konsequent stabilitätsorientierten Geldpolitik und folglich von sinkenden Inflationsraten ausgehen, aber nicht von entsprechend zurückhaltenden Lohnforderungen in den nächsten Jahren.

38. Maßnahmen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung müssen integriert sein in eine wirtschaftspolitische Gesamtstrategie. Diese sollte erstens eine Geldpolitik umfassen, die auf das Ziel der Preisniveaustabilität ausgerichtet und somit geeignet ist, die Inflationserwartungen der Gewerkschaften und Unternehmer zu reduzieren. Durch Stetigkeit in der Geldmengenexpansion sollten darüber hinaus die Schwankungen in der Gesamtnachfrage gering gehalten werden. Zweitens ist das außenwirtschaftliche Gleichgewicht durch flexible Wechselkurse - und nicht durch ständige Kurswechsel in der Geldpolitik - anzustreben. Um die Beschäftigung zu erhöhen, ist eine Politik notwendig, mit der neue Arbeitsplätze geschaffen werden (Wachstumspolitik) und die darauf hinwirkt, daß Lohnniveau und Lohnrelationen entsprechend der Arbeitsmarktsituation angepaßt werden (Tarifpolitik).

39. Langfristig wirkt eine Beschäftigungspolitik nur, wenn sie auch als Wachstumspolitik konzipiert ist. Dies gilt um so mehr, als das Arbeitsplatzpotential in der Rezession abgenommen hat und es darüber hinaus dem internationalen Strukturwandel anzupassen ist. Die beschleunigte Schaffung neuer Arbeitsplätze ist auch deshalb notwendig, weil aus demographischen Gründen (Auswirkungen des Baby-Booms) und wegen steigender Erwerbsquoten das Arbeitskräfteangebot in vielen Ländern bis zur Mitte der achtziger Jahre beschleunigt steigen dürfte. Daher sind mehr Investitionen erforderlich.

40. Die Finanzpolitik kann durch Steuersenkungen oder großzügigere Abschreibungssätze, die nicht nur temporär angelegt sind, die Investitionsneigung der privaten Unternehmen erhöhen. Auch sollten die öffentlichen Investitionen nicht - wie in der Bundesrepublik Deutschland oder im vergangenen Jahr in Japan - wegen der Konsolidierungsbemühungen des Staates gekürzt, sondern kontinuierlich ausgedehnt werden. Diese Maßnahmen sind nicht als kurzfristige Nachfrigestimulierung zu verstehen, sondern als Politik der Förderung des gesamtwirtschaftlichen Angebots.

41. Die Verantwortung für den Abbau der Arbeitslosigkeit liegt letztlich bei den Tarifparteien. Eine notwendige Bedingung für eine Zunahme der Beschäftigung ist, daß der Anstieg der Reallöhne unter der Rate des im Inland verteilbaren Produktivitätszuwachses bleibt. Dies sollte jedoch weder drastisch noch als einmalige Aktion - etwa nur für ein Jahr - praktiziert werden. Vielmehr verlangen das Ausmaß der Arbeitslosigkeit und die strukturellen Anpassungsprobleme eine Zurückhaltung für mehrere Jahre und somit längerfristige Verträge. Die Zurückhaltung ist so lange unverzichtbar, wie die Arbeitslosigkeit von den beteiligten Gruppen als noch zu hoch angesehen wird. - Ein Beispiel für positive Wirkungen zurückhaltender Lohnpolitik sind die Vereinigten Staaten, wo die Beschäftigung erheblich zugenommen und sich der Konjunkturaufschwung insgesamt bemerkenswert gefestigt hat.

42. Diese mittelfristige Strategie würde dazu beitragen, die Neigung der Unternehmen vor allem zu Erweiterungsinvestitionen zu erhöhen und somit für neue Arbeitsplätze zu sorgen. Auch bleibt weiterhin die Rationalisierung von Produktionsprozessen für das Wachstumsziel notwendig. Die daraus resultierende friktionelle Arbeitslosigkeit wird jedoch um so schneller beseitigt, je flexibler die Lohnrelationen und je beweglicher die Arbeitskräfte sind. Daher sind flankierende Maßnahmen, die die räumliche und berufliche Mobilität fördern - wie beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland -, zusätzlich notwendig. Darüber hinaus sind bestehende Reglementierungen, die die Flexibilität der Lohnstruktur ver-

mindern, zu überprüfen und gegebenenfalls zurückzunehmen. Denn beispielsweise wird mit der Festsetzung von hohen Mindestlöhnen und der überproportionalen Anhebung von Lohnsätzen in den unteren Lohngruppen eher das Gegenteil der beabsichtigten sozialen Wirkungen erreicht: Sie erhöhen das Arbeitsplatzrisiko insbesondere von Frauen und Jugendlichen.

43. Eine Beschäftigungspolitik, die auf Wirtschaftswachstum setzt, läßt zwar keine schnellen Erfolge erwarten. Aber nur durch Verzicht auf Scheinlösungen ist ein dauerhafter Abbau des Beschäftigungsproblems möglich, führt doch forcierte Expansionspolitik in eine erneute Inflationsbeschleunigung und sind doch die anstehenden Anpassungen an veränderte Angebots- und Nachfrageverhältnisse nur längerfristig zu bewältigen. – Es besteht aber die Gefahr, daß aus Ungeduld oder wegen falscher Hoffnungen auf eine rasche „Lösung“ gedrängt wird, so daß die Regierungen zunehmend unter Druck der Tarifparteien geraten und – in Verbindung mit den Notenbanken – zu inflationären Maßnahmen greifen, dabei aber längerfristig das Arbeitslosenproblem verschärfen.